

## Protokoll

Über die Konferenzsitzung des Landtages vom 17. Oktober 1940  
Abwesend Abg. Joh. Beck, für denselben Hans Wachter, Schaan  
Reg. Vertreter Dr. Hoop und Dr. Vogt

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

### 1. Einbürgerungsansuchen.

Reg. Chef: Es liegt eine Anfrage des Dr. A. Ritter in Vaduz vor wegen Einbürgerung einer 83 jährigen Frauensperson und ihres 60 Jahre alten Sohnes zu den Normaltaxen von Frs. 25,000 für Land, 12,500 für die Gemeinde, Fr. 2000 für den Adel, 3000 Verwaltungsgebühr und 30,000 Kaution. Ich wäre geneigt, eine Konzession zu machen, da der Fall völlig risikoslos ist. Man könnte noch die Bedingung daranknüpfen, dass der Sohn im Falle der Verheiratung pro Kind weitere Fr. 5000.- bezahlt.

Präsident: Bei mir war Guido Feger jedenfalls mit dem gleichen Fall und ich hab erklärt, dass die Einbürgerungen als getrennte Fälle behandelt werden müssten. Ich habe ihm erklärt, dass evtl. bezgl. der Kaution geredet werden könnte. Ich würde nehmen, was es gibt und die Norm nicht durchbrechen, wenn das Ganze herauszuholen ist. Anderenfalls wird man immer noch nachgeben können.

Brunhart Heinr.: Der Landtag hat früher eine Norm aufgestellt und ich würde sie nicht durchbrechen. Wenn sie die Normaltaxe nicht bezahlen, dann soll man sie laufen lassen. Wir brauchen heute das Geld. Es soll diesen keine extra Wurst gebraten werden.

Bühler: Der Landtag war kürzlich der Meinung, dass in Fällen, die risikolos seien, verhandelt werden könnte. Dieser Fall sei dies und er würde den Fall nicht laufen lassen. Die Regierung möchte dafür sorgen, dass der Fall zur Behandlung kommt und nicht etwa verloren geht, Das sei gefundenes Geld in diesem Falle.

Reg. Chef: befragt, dass der Landtag beschliesst, dass die Regierung den Fall mit Feger abklären und schauen soll, möglichst viel herauszuholen.

### 2. Expropriationsansuchen der Gemeinde Mauren.

Präsident klärt über den Fall auf, wonach es sich um die Strasse auf den Steinböss handelt.

Matt begründet das Ansuchen der Gemeinde und befürwortet Stattegebung, da sonst eine Korrektioin der schlechten Strasse nicht möglich sei.

Der Landtag bewilligt einstimmig der Gemeinde Mauren das Expropriationsrecht für diese Strassenkorrektioin.

### 3. Verordnung betr. Steigerung der landwirtschaftl. Produktion.

Dr. Vogt verliest den Entwurf der Regierung und gibt die nötigen Aufklarungen. Er bemerkt, dass es sich um einschneidende Massnahmen handle, aber es bestehe heute die Notwendigkeit, das grösstmögliche Ausmass an Lebensmitteln aus dem Boden zu gewinnen. Der Export soll gleich hoch gehalten werden und zudem noch für den Eigen- und Inlandsbedarf gesorgt werden. Es werden Schwierigkeiten entstehen in der Fettversorgung und dafür soll die Schweinehaltung gesteigert werden.

In der Diskussion wurde besonders betont, dass die vorhandenen grossen Entwässerungswerke weitestgehend gefördert werden müssen und fristgerecht fertiggestellt werden sollen.

Der Landtag ist grundsätzlich mit der Verordnung einverstanden und in der Abstimmung wird diese Vorlage mehrheitlich mit Ausnahme des Abg. Brunhart Heinrich gutgeheissen

### 4. Tuberkulosegesetz.

Präsident erwähnt, dass das letztmal die Behandlung abgebrochen worden sei, um Dr. Schädler Gelegenheit zu geben, den Standpunkt der Aerzte bezgl. des Stimmrechtes in der Fachkommission bekanntzugeben.

Dr. Schädler: Ich habe erwähnt, dass der Aerzteverein die Mitwirkung von Laienpersonen in der Fachkommission begrüsst. Er hat die Auffassung vertreten, dass die Zahl der unterstützenden Laien nicht beschränkt werden soll. Aber es ist nicht möglich und untunlich, dass Laienpersonen in der Entscheidung ausschlaggebend sind. Auch Dr. Bachmann gibt ein bestimmtes Verhältnis der Kommission an.

Die Entscheidung hat nicht der Laie, sondern der Fachmann und in diesem Falle die Aerzteschaft zu treffen. Aus diesem Grunde ist eingeführt worden, dass die Laien nur beratende Stimme haben und

nicht entscheidend einwirken dürfen.

Präsident: Ich möchte vorschlagen, diese Regelung in der Verordnung aufzunehmen und nicht im Gesetze.

Dr. Schädler: Der Aufgabenkreis müsste genau umschrieben werden. Wir möchten vermeiden, dass wieder Verwirrungen entstehen. Es ist eine gewisse Misstimmung da, die behoben werden soll. Es ist der öffentlichen Gesundheit nicht gedient, wenn solche Experimente gemacht werden lediglich aus krankhaftem Geltungsdrang. Es muss ein bestimmtes Verhältnis gewahrt werden, damit die Entscheidung immer an der Ärzteschaft liegt. Ich möchte ein Verhältnis von 1 zu 3, ~~oder~~ bzw. 1/4 zu 3/4 vorschlagen, da es möglich ist, dass nicht immer alle Ärzte zugegen sind und die Entscheidung muss in ihre Hände gelegt werden. Das Regierungsmitglied würde in diesem Verhältnis nicht inbegriffen sein.

Präsident: Dieses Verhältnis kann in der Verordnung festgelegt werden. Wir würden nun nach durchgeführter 1. Lesung den Entwurf gemäss den Anregungen bereinigen und der Ärzteschaft nochmals den bereinigten Text zur Stellungnahme vorlegen.

5. Gesuch der Gemeinde/<sup>Triesen/</sup> bzw. Alpe Lawena um Subventionierung von 2 Düngewegen.

Präsident empfiehlt, die vorgesehenen Arbeiten durch den Landesrechner in Augenschein nehmen zu lassen gemeinsam mit dem Alpvogt, da evtl. die Möglichkeit bestehe, die Anlage anders zu machen. Kindle bemängelt, dass gerade bei den Triesnern zuerst alles anschauen müsse und bei anderen nicht.

Präsident bemerkt, dass auch bei anderen Gemeinden schon ähnlich vorgegangen worden sei.

Der Landtag beschliesst, <sup>mehrheitlich/</sup> dass die Arbeiten analog der letztthin bewilligten Subventionen anderer Alpgenossenschaften mit 30% der Arbeitslöhne subventioniert werden sollen, doch soll die Regierung die Arbeiten noch durch einen Augenschein des Bauamtes überprüfen lassen.

Brunhart Heinr.: Stimmt es, dass unsere Regierung der Schweizerischen Regierung die Bewilligung erteilt hat zum Ueberschiessen der Gemeinde Balzers?

Dr. Vogt und Präsident erklären, dass sie nichts von einem solchen

Beschluss wissen. Reg. Chef soll später hierüber aufklären.  
Brunhart Heinr. Die Verantwortung hat die Regierung und sonst soll wenigstens Protest eingelegt werden. Für späterhin würde ich jede Verantwortung ablehnen, wenn die Regierung es weiter zulassen sollte.

Sele gibt vielfachem Unwillen im Volke betr. das Gewicht und den Preis von Würsten Ausdruck.

Dr. Vogt klärt auf, dass ein Fall vorgekommen sei, wo ein Gewichtsmanko vorhanden war, aber man habe keine Möglichkeit gehabt zur Bestrafung. Nun aber sei das Gewicht der Würste festgelegt worden. Die Lebensmittelkontrollstellen in den Gemeinden funktionieren schlecht und diese Sache sei reformbedürftig.

Dr. Schädler glaubt, dass entweder diese Stellen aufgelassen werden sollen, wenn sie schon nichts nützen, oder aber dass die Sache neu geordnet werde.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.